

Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Inhaltsverzeichnis

1. Auftraggeberin Berufsgenossenschaft Holz und Metall.....	2
2. Angaben zum Vergabeverfahren.....	2
2.1 Vergabeart	3
2.2 Prüfung und Behandlung der Vergabeunterlagen.....	4
2.3 Einreichung des Angebots.....	4
2.4 Hinweise zur Angebotsabgabe	5
2.5 Fristen des Vergabeverfahrens.....	5
3. Eignung der Bieter	6

Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

1. Auftraggeberin Berufsgenossenschaft Holz und Metall

Die Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Ihre gesetzlich übertragenen Aufgaben führt sie in eigener Verantwortung unter staatlicher Aufsicht durch. Als gesetzliche Unfallversicherung ist die BGHM Teil des deutschen Sozialversicherungssystems und zuständig für Unternehmen der Holz- und Metallbranche.

Die Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren ist die zentrale Aufgabe der BGHM. Im Schadensfall sorgt die BGHM für die bestmögliche medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation sowie für angemessene Entschädigung. Diese Leistungen werden eng miteinander verknüpft aus einer Hand angeboten.

Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für den gesamten Wirtschaftsbereich innerhalb Deutschlands sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften sind nach Branchen gegliedert. Die BGHM ist einer der größten Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland und übernimmt den Versicherungsschutz für rund 5,1 Millionen Beschäftigte in den rund 250.000 Unternehmen der Branchen Holz und Metall.

2. Angaben zum Vergabeverfahren

Nach Eintritt eines Versicherungsfalls sorgt die BGHM für die bestmögliche medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation sowie für eine angemessene und zeitnahe Entschädigung. Zu den Leistungen gehören u. a. ambulante und stationäre Heilbehandlung, Pflege- und Rentenleistungen sowie die Versorgung mit Hilfsmitteln.

Zur Erreichung der gesetzten Ziele nimmt die BGHM Beratungsärztinnen und -ärzte in Anspruch, die mit ihrer medizinischen Expertise u.a. im Fachbereich „Zahnmedizin“ bei der Fallsteuerung und Leistungsfeststellung unterstützen. Gegenstand der ersuchten Leistung ist die zeitnahe, ausschließlich schriftliche Beratung.

Dazu sollen bis zu sieben Verträge mit Beratungsärzten und Beratungsärztinnen mit einer Laufzeit von jeweils **48 Monaten** geschlossen werden. Die Leistungserbringung **beginnt am 01.01.2027** und **endet zum 31.12.2030**. Sollte der Vertrag nicht einen Monat vor Ende des Ablaufs der Regelvertragslaufzeit gekündigt werden, verlängert er sich automatisch um zwei weitere Jahre, bis zum **31.12.2032**.

Im Jahr 2025 holte die Sachbearbeitung bundesweit etwa 866 Stellungnahmen ein.

Für die Zeit ab 2027 wird perspektivisch mit einer geringeren Zahl an Aufträgen (840 Aufträge) gerechnet.

Auftraggeberin der Vergabemaßnahme

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz

Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Vergabestelle

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Vergabestelle
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz

E-Mail: vergabestelle@bghm.de

Hinweis: Bitte beachten Sie, dass die oben genannte E-Mail Adresse lediglich dem Informationsaustausch für laufende Vergabeverfahren dient. Eine Weitergabe der Adresse an Dritte, sowie die Eintragung für Newsletter, Werbe- und Informationsverteiler ist ausdrücklich **NICHT gestattet**. Alle E-Mails dieser Art werden als Spam gekennzeichnet, was dazu führen kann, dass legitime Nachrichten Ihres Unternehmens uns nicht mehr erreichen können!

Ansprechperson

Anfragen zum Vergabeverfahren einschließlich Bieterfragen sind bevorzugt (vorrangig) schriftlich über die Vergabepattform des Deutschen Vergabeportals

<https://www.dtyp.de>

mitzuteilen.

Aus Gründen der Gleichbehandlung werden Anfragen grundsätzlich nur schriftlich - und nicht telefonisch - beantwortet. Es werden keine Auskünfte zum Stand des Verfahrens erteilt. Die Kommunikation erfolgt für das gesamte Vergabeverfahren in deutscher Sprache.

Alle gestellten Bieterfragen und Antworten werden zu Ihrer Kenntnis auf der o.g. Vergabepattform veröffentlicht. Die Vergabeunterlagen und ergänzende oder berichtigende Angaben werden ebenfalls an dieser Stelle veröffentlicht. Sie gelten ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe als Bestandteil der Vergabeunterlagen.

2.1 Vergabeart

Bei dieser Ausschreibung handelt es sich um die Vergabe von freiberuflichen Leistungen gemäß der Sondervorschrift des § 50 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO).

Um einen größtmöglichen nationalen Wettbewerb zu schaffen, wird das Verfahren in Anlehnung an die Vorschriften der öffentlichen Ausschreibung gemäß UVgO über die Plattform des DTVP veröffentlicht und eine unbeschränkte Anzahl von Ärztinnen und Ärzten öffentlich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert.

Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

2.2 Prüfung und Behandlung der Vergabeunterlagen

Die Bieter prüfen die Vergabeunterlagen auf Vollständigkeit und Stimmigkeit. Bei festgestellten Fehlern oder Unklarheiten haben die Bieter die Vergabestelle schriftlich vor Ablauf der Angebotsfrist über die Beanstandungen zu informieren.

Die Unterlagen sind grundsätzlich vertraulich zu behandeln und dürfen nur im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung verwendet werden. Jede andere Verwendung, Weitergabe oder Veröffentlichung ohne eine ausdrückliche Genehmigung der Vergabestelle ist nicht gestattet.

Änderungen oder Ergänzungen dürfen an den Vergabeunterlagen nicht vorgenommen werden. Dies gilt insbesondere für die Formblätter der Anlagen, die Bestandteil der einzureichenden Unterlagen sind. Änderungen oder Ergänzungen können zum Ausschluss des Bieters führen.

In den Formblättern sollen lediglich die geforderten Eintragungen durch den Bieter vorgenommen werden. Änderungen eigener Eintragungen, die der Bieter in den Unterlagen vornimmt, müssen als solche erkennbar und dokumentenecht sein.

2.3 Einreichung des Angebots

Die Einreichung des Angebots sollte vorzugsweise elektronisch über die e-Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals unter

<https://www.dtyp.de>

erfolgen.

Bei einer postalischen oder persönlichen Übermittlung des Angebots kann dieses persönlich in der Poststelle der vergebenden Stelle

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Vergabestelle
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz

abgegeben werden.

Der Umschlag muss den Hinweis

– NICHT ÖFFNEN – 2026-039-N-REHA

sowie den Absender enthalten. Dieses Angebot ist in einem von außen entsprechend gekennzeichneten und verschlossenen Umschlag inklusive aller Anlagen zu übermitteln. Eine Einreichung des Angebots per E-Mail ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss des Angebots.

Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Angebote, die nicht den vorgenannten Anforderungen entsprechen oder nach dem Angebotschlussstermin eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Berichtigungen und Änderungen zu bereits eingereichten Angeboten können bis zum Abgabetermin vorgenommen werden. Sie müssen analog zu den oben gemachten Vorgaben erfolgen.

Aufbau des Angebots und einzureichende Nachweise sind dem Angebotsformblatt (**Dokument 05 der Vergabeunterlagen**) zu entnehmen.

2.4 Hinweise zur Angebotsabgabe

Allgemeine Geschäftsbedingungen und sonstige Vertragsbedingungen des Bieters sind und werden nicht Bestandteil der Vertragsbedingungen. Dies gilt auch, sofern der Auftragnehmer nach Vertragsschluss etwa im Rahmen der Korrespondenz mit der Auftraggeberin auf Allgemeine Geschäftsbedingungen verweist oder diese beilegt. Werden sie dennoch als Bestandteil der Angebotsunterlagen eingereicht, so kann dies zum Ausschluss des Bieters vom Verfahren führen.

Verweise auf beigefügte Anlagen oder Webseiten ersetzen nicht die vollständige Bearbeitung der Vordrucke. Insbesondere ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, die geforderten Angaben aus beigefügten Anlagen des Bieters eigenständig herauszusuchen.

Nebenangebote werden nicht zugelassen und führen zum Ausschluss vom Verfahren.

Für die Erstellung des Angebotes und die Beteiligung im Vergabeverfahren wird keine Vergütung gewährt. Mit Abgabe eines Angebotes verzichten die Bieter ausdrücklich auf die Geltendmachung entstandener sowie evtl. entstehender Kosten.

Die Rückgabe der Angebotsunterlagen ist nicht vorgesehen.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

Einzelne Unterlagen können nach dem Angebotsschlussstermin von der Vergabestelle mit Fristsetzung nachträglich angefordert werden. (siehe Dokument 05 – Angebotsformblatt). Sollte der Bieter die Unterlagen dann nicht vorlegen, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

Die Vergabestelle behält sich unter den Voraussetzungen des § 48 UVgO die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor. Den Bietern werden in diesem Fall die Gründe für die Entscheidung mitgeteilt.

2.5 Fristen des Vergabeverfahrens

Schlussstermin für den Eingang der Angebote:

02.11.2026 10:00 Uhr.

Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Maßgeblich ist der Eingang bei der ausschreibenden Stelle. In diesem Zusammenhang sind die Zustellzeiten des jeweiligen Dienstleisters zu berücksichtigen.

Angebote, die bis zu diesem Termin nicht vorliegen, werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bieter weist im Falle des verspäteten Eingangs nach, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat (vergleiche § 42 Absatz 1 Nr. 1 UVgO).

Bindefrist des Angebots:

3 Monate ab dem Schlusstermin.

Für die Vergabestelle besteht keine Verpflichtung nach dem
23.10.2026 10:00 Uhr
eingehende Fragen zu beantworten.

3. Eignung der Bieter

Der Auftrag wird nur an jene Bieter vergeben, die für die Erfüllung der Aufgabenstellung geeignet sind. Zur Prüfung der Eignung eines Bieters dürfen von Auftraggebern Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit gefordert werden.

Nach § 123 GWB kann der Auftraggeber unzuverlässige Bieter vom Vergabeverfahren ausschließen. Als Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB ist dem Angebot das unterschriebene **Dokument 05 – Angebotsformblatt** beizufügen.

Nach § 33 Abs. 1 UVgO kann der öffentliche Auftraggeber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bewerber oder Bieter Anforderungen stellen, die sicherstellen, dass die Bewerber oder Bieter über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügen. Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit müssen die im **Dokument 05 – Angebotsformblatt** aufgelisteten Nachweise abgegeben werden.

Im Rahmen der Zuschlagsentscheidung wird die Auftraggeberin die jeweils entsprechende Wettbewerbsregistrauskunft anfordern (§ 19 Abs.3 MiLoG).

Hinweise zu den geforderten Nachweisen

Unterlagen, für die die Möglichkeit der Nachforderung durch die Vergabestelle bestehen, sind dem **Dokument 05 – Angebotsformblatt** zu entnehmen.

Nach § 35 Abs. 6 UVgO werden Eignungsnachweise, die durch ein **Präqualifizierungsverfahren** erworben wurden, zugelassen. Dazu ist das Zertifikat als Kopie einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass in diesem Vergabeverfahren eine **Präqualifizierung** die geforderten Nachweise zur Zuverlässigkeit ersetzen kann, sofern es diese umfasst.